



Presseinformation

14.10.2026

WKStA unterstützt Aktionswoche für den Rechtsstaat:

Personelle Ausstattung essenziell für die Aufklärung von komplexen Korruptions- und Wirtschaftsstrafverfahren

Nur mit den nötigen Mitteln lassen sich gesellschaftsschädigende Kriminalitätsformen bekämpfen, das Vertrauen in den Rechtsstaat schützen und der Wirtschaftsstandort nachhaltig sichern

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) unterstützt die aktuelle Aktionswoche für den Rechtsstaat von Staatsanwält:innenvereinigung (StAV), Richter:innenvereinigung (RIV) und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD). Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Staatsanwaltschaften stellen sich Leitung und Personalvertretung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gemeinsam hinter die vom 12. bis 16. Oktober angekündigte Aktionswoche für den Rechtsstaat.

Die Aktionswoche soll auf die Bedrohung für den Rechtsstaat und den nötigen Schutz der Kolleg:innen aufgrund immer größerer Arbeitsbelastung aufmerksam machen. So würden der Staatsanwaltschaft immer mehr Aufgaben übertragen und immer neue Pflichten durch immer neue Gesetzesänderungen auferlegt. Umgekehrt würden jedoch nicht die dafür nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt – weder personell noch finanziell. Das steigere die ohnehin schon am Limit befindliche Arbeitsbelastung der Mitarbeiter:innen, verlängere gleichzeitig die Bearbeitungsdauer und erschwere nötige Weiterentwicklungen der Kriminalitätsbekämpfung.

„Die personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaft ist essenziell für die umfassende Aufklärung von komplexen Korruptions- und Wirtschaftsstrafverfahren“, sagt die Leiterin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Ilse-Maria Vrabl-Sanda. „Nur mit den nötigen Mitteln lassen sich gesellschaftsschädigende Kriminalitätsformen effektiv bekämpfen, das Vertrauen in den Rechtsstaat schützen und der Wirtschaftsstandort damit nachhaltig sichern.“

WKStA machte schon früher auf mangelnde Ermittlungsressourcen aufmerksam

Die WKStA machte schon früher auf die Bremsfaktoren in Ermittlungsverfahren aufmerksam, ebenso dass dabei die personelle Ausstattung von Gerichten und Polizei eine wesentliche Rolle spiele. Das zeige sich in mehreren Bereichen:

- Die Bestimmungen der „Datenbeschlagnahme Neu“ haben den Aufwand der Datenauswertung vervielfacht, die zugesagte Personalerhöhung blieb dagegen aus. Der vorgegebene Workflow sei zudem praxisfern und widerspreche internationalen Standards.
- Sichergestellte Daten von Berufsgeheimnisträgern (wie Rechtsanwält:innen oder Steuerberater:innen) müssten erst in Widerspruchs- und Sichtungsverfahren bei Gericht ausgewertet werden, was sich in der Praxis auch aufgrund fehlenden Personals sehr langwierig gestalte. Das bremse die Ermittlungen und erschwere die Aufklärung.



- Der Staatsanwaltschaft stünden die nötigen kriminalpolizeilichen Ermittlungskräfte oft nicht zum benötigten Zeitpunkt zur Verfügung – weder quantitativ noch qualitativ. Komplexe Wirtschaftsstrafverfahren würden besondere kriminaltaktische Kenntnisse bei Vernehmung von Beschuldigten und Zeugen sowie besondere Wirtschafts- und IT-Kenntnisse bei der Auswertung von Unterlagen und Daten erfordern.
- Darüber hinaus würden noch immer umfassende Berichtspflichten die Arbeitskapazitäten der ermittelnden Staatsanwält:innen bei ihrer Aufklärungsarbeit zu sehr belasten. Zwar seien erste wichtige Schritte zur Reduktion der Berichtspflichten gesetzt worden, dennoch müsse in öffentlichkeitswirksamen Verfahren der übergeordneten Oberstaatsanwaltschaft immer noch aufwändig berichtet werden. Das betreffe mit mehr als 40 Prozent fast die Hälfte der von der WKStA geführten Verfahren und schlage sich massiv auf die Verfahrensdauer nieder.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft spricht sich daher für eine adäquate Ressourcenausstattung der Justiz im Verhältnis zu den ihr übertragenen Aufgaben aus.

Über die WKStA und die Aktionswoche für den Rechtsstaat

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ist als einzige Staatsanwaltschaft für ganz Österreich zuständig. Sie ist spezialisiert auf Wirtschaftsstrafrecht und Korruption, wobei die Betrugswirtschaft, vor allem mit der digitalen Betrugsmasche von „Anlage- und Notlagebetrug“ einen immer größeren Teil der Fälle ausmacht. Dafür stehen der WKStA derzeit 47 Staatsanwält:innen, 10 Wirtschaftsexpert:innen und 4 IT-Expert:innen für Datensicherung und Datenaufbereitung zur Verfügung.

Die Aktionswoche für den Rechtsstaat (12.-16. Oktober) soll darauf aufmerksam machen, dass die Justiz seit Jahren weit über ihrer personellen Kapazitätsgrenze arbeitet. Bei einer durchschnittlichen Auslastung von mehr als 120 Prozent ist das reguläre Jahresarbeitspensum rechnerisch bereits im Oktober eines Jahres erreicht. Doch der Arbeitsanfall ende dabei nicht. Mehr als 250 richterliche und rund 70 staatsanwaltschaftliche Planstellen fehlen. Die Folgen treffen alle: Verfahren dauern länger, der Rechtsschutz für die Bevölkerung verzögert sich und die für den Wirtschaftsstandort unverzichtbare Rechtssicherheit wird geschwächt. Die dauerhafte Überlastung geht an die Grenzen des Leistbaren und belastet Gesundheit, Familienleben und persönliche Erholungszeiten. Das Engagement der derzeitigen Mitarbeiter:innen kann fehlende Planstellen nicht unbegrenzt ersetzen.

Weitere Informationen zur Aktionswoche finden Sie hier:

[Vereinigung der Staatsanwält:innen: Aktionswoche für den Rechtsstaat](#)

**Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft
Medienstelle**

+43 676 8989 23115

medienstelle.wksta@justiz.gv.at

www.justiz.gv.at/wksta